

# »Nie wieder Russland!«

## Zur Rehabilitierung des Faschismus in Deutschland

Von Susann Witt-Stahl

*Dieser Beitrag wurde auf der vom Zetkin Forum for Social Research organisierten Konferenz „Faschismus zurück in Europa?“ gehalten, die vom 20. bis 22. Juni 2025 in Berlin stattfand. Die aufgezeichnete Version des Vortrags ist hier zu finden:*

<https://youtu.be/WTWASUvGrqU>

---

Peter Tschentscher, SPD-Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, verteidigte im Mai 2025 in einem Interview den Logistikunternehmer Klaus-Michael Kühne. Dessen Vater, Alfred Kühne, war Mitglied der NSDAP, verdiente mit seiner Firma Kühne + Nagel im großen Stil an den »Arisierungs«-Programmen der Nazis und konnte zum Monopolisten bei den Staatsaufträgen zum Transport des Besitzes deportierter Juden im besetzten Westeuropa aufsteigen. Nach dem Zweiten Weltkrieg fungierte Kühne + Nagel als Tarnfirma beim Aufbau der Organisation Gehlen, dem Vorläufer des Bundesnachrichtendienstes, der von Nazitätern durchsetzt war. Klaus-Michael Kühne, der mit einem Vermögen von 42,5 Milliarden Dollar, laut *Forbes*, reichster Deutscher ist, verweigert die Aufarbeitung der Vergangenheit seines Familienclans. »Er möchte nicht so gerne, dass man seinen Vater als Nazi bezeichnet«, rechtfertigte Tschentscher die Schuldabwehr von Kühne – damit disqualifizierte er die objektiven Befunde der Geschichtswissenschaft zugunsten subjektiver Befindlichkeiten der Erben der Täter. »Das ist ja das Schlimme an der Zeit: Wer alles davon profitiert hat, dass wir die Juden drangsaliert und ermordet und vertrieben haben«, so Tschentscher, der versicherte, dass Kühne junior keineswegs ein Nazi sei (er unterstützt Bündnis 90/Die Grünen und hat sich Robert Habeck als Bundeskanzler gewünscht). Es existierten »unheimlich viele« Unternehmen, die wirtschaftlich verstrickt gewesen seien. »Es gibt niemanden, der ohne Schuld ist.«<sup>1</sup> Tschentschers Logik: Da in Hitlerdeutschland alle am Holocaust beteiligt waren, ist keinem etwas vorzuwerfen und somit auch niemand Schuld.

## Sekundärer Globkestaat und proimperialistischer

### »Antifaschismus«

Ein derart offener Nazitäterschutz durch einflussreiche Vertreter der politischen Klasse in Deutschland ist bisher vorwiegend aus den ersten drei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg bekannt – der postfaschistischen Ära, in der die alten Nazis zu den tragenden gesellschaftlichen Säulen der Bonner Republik gehörten. Hans Globke, Architekt der Nürnberger Rassengesetze, ab 1953 Kanzleramtschef und graue Eminenz hinter Konrad Adenauer, ist das bekannteste Beispiel für die schillernden Karrieren, die

Naziverbrechern ermöglicht wurden. Der Schriftsteller Stephan Hermlin bezeichnete die BRD deshalb 1961 als »den gefährlichsten Staat der Welt« und den sozialistischen Systemkonkurrenten, die DDR, wo er lebte, als »Antiglobkestaat«.<sup>2</sup> Theodor W. Adorno befand in seinem historischen Vortrag »Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit« von 1959 »das Nachleben des Nationalsozialismus in der Demokratie als potentiell bedrohlicher denn das Nachleben faschistischer Tendenzen gegen die Demokratie«. Offen war für ihn lediglich die Frage, ob der Nazismus fortwirkte »bloß als Gespenst dessen, was so monströs war, dass es am eigenen Tode noch nicht starb, oder ob es gar nichts erst zum Tode kam«.<sup>3</sup>

Heute entspringt in der liberalen Mitte der »lebendigen Demokratie« in Deutschland ein Fluss von Unterdrückungsmaßnahmen, Elementen faschistischer Politik, für die Durchsetzung eines reaktionär militaristischen Umbaus von Staat und Gesellschaft (der nicht mit der Errichtung eines faschistischen Regimes identisch ist – die Grundrechte sind eingeschränkt, nicht ausgesetzt, die Polizeigewalt wird brutaler, die Repressionsmaßnahmen gegen Dissidenten willkürlicher, aber es wird kein offener Terror ausgeübt etc.). Dazu gehört die von der Regierung und der parlamentarischen Opposition durchgeführte Formierung und Mobilisierung einer Kriegsvolksgemeinschaft mit einer weitgehend integrierten Linken, flankiert von synchronisierten Medien, Kultur, Gewerkschaften und NGOs.

Entsprechend bedienen sich die Verhüllungs- und Legitimationsideologien auch der Sprache des politischen Liberalismus und Linksliberalismus. Das heißt: Die deutsche Reaktion kodiert die Elemente faschistischer Politik, deren Erscheinung basiert auf Mimikry der demokratischen Prinzipien, die in Wirklichkeit ausgehöhlt oder in Teilen sogar abgeschafft werden sollen – ähnlich wie sie sich nach der Novemberrevolution 1918/19 um die Fahne des (National-)»Sozialismus« versammelte.

Der Faschismusforscher Reinhard Opitz hatte bereits Anfang der 1980er-Jahre einen erneuten »Strategiewechsel« festgestellt, verbunden mit dem »Aufstieg der Bundesrepublik zur nach den USA zweitstärksten ökonomischen Macht der kapitalistischen Welt und stärksten Militärmacht Westeuropas (mit entsprechend wachsender globaler Engagementbereitschaft und Expansivität)«,<sup>4</sup> der sich folgendermaßen darstellte: »Einst im Zeichen des Sozialismus – gegen den wirklichen Sozialismus und alle demokratischen Kräfte, heute im Zeichen des »Antifaschismus« – gegen alle wirklichen Antifaschisten, abermals die wirklichen Sozialisten und wirklichen Demokraten.«<sup>5</sup> Rund dreieinhalb Jahrzehnte nach dem Ende der DDR und während des Aufstiegs des »wiedervereinigten« Deutschlands zur schlagkräftigsten Militärmacht ganz Europas erhält dieser Befund einen erheblichen Zuwachs an Relevanz. In dem Prozess dieser Rechtsentwicklung wird, wie Opitz schon seinerzeit betonte, nicht mehr mit einem völkisch, sondern einem totalitarismustheoretisch konstruierten Feindbild zu Werke gegangen.<sup>6</sup>

Zum Beispiel wird »wehrhafte Demokratie« gepredigt: Der Begriff meint zunächst Verteidigung der Demokratie gegen »extremistische« Feinde im Innern – rechte wie linke. Dabei werden Faschisten, darunter Anhänger einer Führerdiktatur, mit Kräften auf eine Stufe gestellt, die die Klassengesellschaft überwinden und eine egalitäre Demokratie

aufbauen wollen. Im Zuge der gegenwärtigen Militarisierung Deutschlands wird »wehrhafte Demokratie« aber auch und besonders gegen die »Achse der Autoritären« genannten äußeren Feinde des kollektiven Westens sowie die »linksextremistischen« Antiimperialisten und das Friedenslager in Stellung gebracht, denen ein (heimliches) Bündnis mit jener unterstellt wird. Das geschieht mit einem Begriff von »Antifaschismus«, der die brutalste Form bürgerlicher Herrschaft auf Feindschaft gegen »Freiheit« (dieser Begriff wird freilich nie ausdefiniert, denn dann würde sich schnell herausstellen, dass damit Wirtschaftsliberalismus statt Emanzipation gepriesen wird) reduziert. Die Strukturlogik und Dynamiken der Klassengesellschaft, die Financiers und sonstige Förderer der Faschisten aus dem Großkapital und andere bedeutende Faktoren werden komplett ausgeblendet und rigider Moralismus als Antidot gegen das »autoritäre Böse« gepredigt.

Ein prominenter Verfechter solcher ideologischer Verzerrung des Verständnisses von Antifaschismus, der hierzulande starke Rezeption im linken Milieu, beispielsweise durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung, erfährt, ist der britische Publizist Paul Mason. Der Sozialwissenschaftler Jan Rehmann verweist in einer Kritik an dessen Buch »Faschismus. Und wie man ihn stoppt« auf einen Artikel von 2022 in *The New Statesman*, in dem Mason die »antiimperialistische Persönlichkeit« und die umfangreich belegte Tatsachenbehauptung, der Einfluss banderistischer und anderer faschistischer Einheiten in den ukrainischen Streitkräften sei groß, mit der rechten QAnon-Sekte und deren Wahnvorstellungen gleichsetzte – um Repressionen gegen die »Pro-Kreml-Linke«, absurderweise etwa durch Einschränkung ihrer Freiheitsrechte, zu fordern:<sup>7</sup> »Gemeint sind kritische Stimmen zur Rolle der NATO im Ukraine-Krieg, die für Mason nichts anderes bedeuten können als die Verbreitung russischer Desinformation«, analysiert Rehmann dessen »Antifaschismus« als Durchsetzungsinstrument von westlichen Machtinteressen. »Vieles deutet darauf hin, dass er seine Verschwörungsfantasien in einen regelrechten Kreuzzug gegen linke NATO-Kritiker verwandelt hat.«<sup>8</sup>

Ähnlich aggressive Angriffe kommen auch von deutschen Liberalen, besonders von Spitzenpolitikern der von bellizistischer Neocon-Ideologie durchwirkten Partei Bündnis 90/Die Grünen. »Wir müssen uns klarmachen, Sahara Wagenknecht will die russische Kriegskasse mit deutschem Geld füllen«, klagte Anton Hofreiter die führende Vertreterin des sozialdemokratischen Friedenslagers faktisch des Hochverrats an – ohne Beweise vorzulegen – und setzte bei der Feindmarkierung auf die »Fünfte-Kolonnie-Moskaus«-Hysterie aus dem Kalten Krieg.<sup>9</sup>

»Wer einmal geschlagen ist, kann nicht unter demselben Namen wiederkommen. Er braucht eine neue Maske«, bemerkte der Schriftsteller Peter Hacks 1992. Bekanntlich hatte er die Grünen in Verdacht, dass sie der Schoss sind, aus dem »die Sache« beim nächsten Mal kriechen wird.<sup>10</sup> Wahrscheinlich können es auch andere prowestliche (links-)liberale Kräfte sein – allemal wenn es sich um einzelne Elemente faschistischer Politik handelt, die camouffiert mit Regenbogenfarben durchgesetzt werden sollen.

Wieder auf lebt auch der »Globkestaat« – diesmal unter den historisch spezifischen Bedingungen nach der konterrevolutionären Zeitenwende von 1989/90 und Errichtung der Berliner Republik. Die Nazitätergeneration ist mittlerweile verstorben und übt nicht

mehr direkt Macht aus, daher ist es sinnvoll, von einem »sekundären Globkestaat« zu sprechen.

Die Aufarbeitung der deutschen Vergangenheit, die Adorno zunächst Ende der 1950er-Jahre als misslungen erklärt hatte, war im Laufe der folgenden Dekade forciert von der DDR, etwa mit Projekten wie »Braunbuch: Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und Westberlin« 1965, und vom sozialistischen Flügel der 68er-Bewegung und anderen gesellschaftlichen Linken gegen das Lügen, Leugnen und Schweigen der Täter und verbündeter Reaktionäre in Teilen erkämpft worden. Sie konnte aber unter den fortwährenden Bedingungen der Möglichkeit einer Wiederholung von Auschwitz oder des Vernichtungskrieges (allein schon durch Bindung an den kapitalistischen Westen und die Verpflichtung zur Unterstützung von dessen imperialistischen Kriegen) nicht nachhaltig gelingen. Nach Auflösung der DDR war sie endgültig gescheitert und wurde durch eine staatsoffizielle Erinnerungskultur der Berliner Republik ersetzt. Diese avancierte zum Leuchtturm einer von Historikern wie August Winkler als Garant gegen ein erneutes falsches Abbiegen auf einen »deutschen Sonderweg« gepriesenen »westlichen Wertegemeinschaft« für »Freiheit und Demokratie« und ein »Nie wieder!« von »Diktatur« (Nationalsozialismus und Kommunismus). Da dieser »Sieger der Geschichte« aber in Wirklichkeit nach der Ersetzung des Völkerrechts durch eine allein auf den Regeln seiner imperialen Bestrebungen basierenden Ordnung trachtete, war zumindest eine Teilrevision der deutschen Vergangenheit unvermeidlich – inklusive sekundärer Entlastung und Exkulpierung von Nazikollaborateuren, deren politischen militärischen Erben heute wieder gebraucht werden.

## Deutsche Normalisierung und Kriegstüchtigkeitsideologie

1989/90 begann der Wiederaufstieg Deutschlands zur souveränen Nation und Mittelmacht. Es häuften sich »Schlussstrich«-Debatten. Gleichzeitig war ein Verschwindenlassen der Erinnerung an den Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion und antifaschistischen Widerstand sowie eine Enthistorisierung und Mystifizierung des Völkermords an den Juden zu beobachten. Bereits im Zweiten Weltkrieg deutete sich an, dass in der westlichen Propaganda das Schreckgespenst des »Kommunismus«, dessen Wirkung nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus verblasst war, hinter die Gefahr des »Faschismus« zurücktrat, die angeblich ausschließlich von den Feinden der NATO ausging. 1991 machte der Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger hierzulande den ersten vielbeachteten Aufschlag, indem er den irakischen Präsidenten Saddam Hussein in einem Traktat zu »Hitlers Wiedergänger« erklärte und damit die »antifaschistische« Legitimationsideologie für die Invasion der USA und ihrer Verbündeten lieferte.<sup>11</sup>

Einen großen Erfolg erzielte der liberale US-amerikanische Politikwissenschaftler Daniel Goldhagen 1996 mit seinem Buch »Hitlers willige Vollstrecker«, als er das passende

revisionistische Narrativ über den deutschen Faschismus vorlegte – ein radikaler Bruch mit historisch-materialistischer Geschichtswissenschaft. Goldhagen konstruierte ein Erklärungsmodell des Hitlerfaschismus und dessen Verbrechen, das auf ein aus der Nebelregion des bürgerlichen Idealismus auftauchendes deutsches Böses fokussierte und in der »Nähe zum völkischen Nationalismus« angesiedelt war, wie der marxistische Faschismusforscher Reinhard Kühnl kritisierte. Die »Kausalbeziehung zwischen kapitalistischer Eigentumsverfassung und kapitalistischen Herrschafts- und Expansionsinteressen einerseits und dem Faschismus als Ideologie und Herrschaftsform andererseits« wurde nahezu komplett ausgeblendet. Der ehemalige antifaschistische Widerstandskämpfer Emil Carlebach machte pointiert darauf aufmerksam, wofür Goldhagens ideologische Verrenkungen vor allem geeignet waren und erklärte damit auch gleichzeitig die frenetische Begeisterung, auf die dessen Buch bei Liberalen und Linksliberalen stieß: Sie »lenkten von der Erkenntnis ab«, wer »hinter den Verbrechen Hitlerdeutschlands stand«. <sup>12</sup> Dadurch, dass es ein dämonisches deutsches Wesen war, konnte es nicht mehr die Monopolbourgeoisie sein.

Das waren genau die Entlastungsideologien für einen NATO-gestützten deutschen Imperialismus, der sukzessive wieder in den »Einsatz«-Modus schaltete, die gebraucht wurden. Die Bundeswehr wurde damals von einer territorialen Verteidigungsarmee zur internationalen Interventionstruppe umgebaut (vgl. Verteidigungspolitische Richtlinien 1992<sup>13</sup>) mit der ersten deutschen Beteiligung an einem Angriffskrieg seit 1945 als Höhepunkt: 1999 wurde Jugoslawien mit militärischer Unterstützung eines Deutschlands bombardiert, das nun ein »gutes« war, weil es »das Böse« besiegt hatte und diesen völkerrechtswidrigen Krieg nicht trotz, sondern »wegen Auschwitz« führte, wie der damalige grüne Außenminister Joseph Fischer befand. Damit hatten die Funktionselementen des deutschen Imperialismus das Kunststück vollbracht, dessen eigene alte Verbrechen ideologisch für die Legitimierung neuer Verbrechen zu instrumentalisieren. Folglich verlangte Goldhagen, die Angriffe auf Jugoslawien sollten nicht aufhören, bevor eine »deutsche Lösung« durchgesetzt sei: Schließlich bestehe der Unterschied zwischen Hitler und Milosevic lediglich in der »Größenordnung« ihrer Verbrechen, meinte er. Damit war nicht nur ein weiterer wichtiger Schritt zur Relativierung der Schuld Deutschlands im Zweiten Weltkrieg getan, sondern auch zur Entledigung seiner faschistischen Vergangenheit: Plötzlich waren die Nachkommen seiner damaligen Feinde »Hitler«.

Es begann die Phase der Normalisierung Deutschlands zur kriegsbeteiligten Nation. 2001 trat es in den »War on Terror« der USA gegen Afghanistan und andere Länder des globalen Südens ein. Entsprechend wurde eine »Neuausrichtung der Bundeswehr hin zu einem flexibleren und international agierenden Akteur im Bereich der Sicherheitspolitik« vorgenommen (vgl. Verteidigungspolitische Richtlinien 2003<sup>14</sup>). Rund ein Jahrzehnt später wurde Deutschland zu einer Nation normalisiert, die mit prowestlichen Faschisten kooperiert (die in der Öffentlichkeit als proeuropäische »Freiheitskämpfer« und »Radikal-Demokraten« verbrämt wurden): 2014 unterstützte die Merkel-Regierung die Maidan-Putschisten und deren »Anti-Terror-Operation« gegen die aufständische Bevölkerung in der Ostukraine – vorerst nur politisch. Es folgte eine militärstrategische Neuausrichtung der Bundeswehr, die etwa 2017 im »Bühler-Papier« mit »deutlich

ambitionierteren Zielen« angesichts einer wachsenden Konfrontation mit Russland vorformuliert<sup>15</sup> und in den Verteidigungspolitischen Richtlinien von 2023 fixiert wurde. Deutschland bildet dabei »das Rückgrat der Abschreckung und kollektiven Verteidigung in Europa«. <sup>16</sup> Bereits seit 2022 gehört dazu, dass Deutschland auch prowestliche Faschisten als Speerspitze der ukrainischen Armee im Stellvertreterkrieg gegen Russland auf NATO-Standard aufrüstet und trainiert.

## Faschistische Militärs in der Ukraine

Seit 2014 bilden neonazistische und andere faschistische Organisationen eine tragende Säule der Armee und Sicherheitsarchitektur der Ukraine. Bekanntestes Beispiel ist die Asow-Bewegung, die unter anderem aus der Sozial-Nationalen Versammlung und deren paramilitärischen Arm Patriot der Ukraine hervorgegangen ist. Die beiden Letztgenannten strebten eine Großukraine »für Ukrainer« an, orientieren sich programmatisch an der NSDAP und gehörten neben zwei weiteren Gruppierungen zu den Basisorganisationen des faschistischen Bündnisses Rechter Sektor, das den Maidan-Putsch militärisch durchsetzte. Alle rechtsextremen Strukturen innerhalb der Streitkräfte und des Sicherheitsapparats der Ukraine stehen manifest in der Tradition der 1929 gegründeten Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) und der Miliz von deren radikalen Flügel unter der Führung von Stepan Bandera, Ukrainische Aufständische Armee (UPA).<sup>17</sup>

Diese Strukturen waren während des Zweiten Weltkriegs zeitweise mit Hitlerdeutschland verbündet und teilten Ideologeme des Nazismus, etwa den eliminatorischen Antisemitismus. Viele Angehörige der OUN kämpften damals auch in Einheiten der Deutschen Wehrmacht und Waffen-SS. Die OUN agierte auf mehreren Ebenen und vielfältige Weise als Komplize beim Holocaust und/oder anderen Schwerstverbrechen. Viele ihrer politischen Nachkommen, die sich heute mehr am Neonazismus orientieren, verehren neben Stepan Bandera auch Adolf Hitler, tragen Hakenkreuze, Reichsadler, Runen und verwenden Losungen der Hitlertruppen, zum Beispiel »Meine Ehre heißt Treue« der SS. Nicht wenige der stetig wachsenden faschistischen Verbände der ukrainischen Armee und Nationalgarde führen nicht nur Insignien der OUN und UPA, sondern auch der Waffen-SS in ihren offiziellen Truppenkennzeichen; das gilt etwa für die beiden Korps von Asow.<sup>18</sup> Ihre Kommandeure sind prominente Faschisten aus den Maidan-Kampftagen. Selbst Waterij Saluschnij, der bis Februar 2024 Oberbefehlshaber der ukrainischen Armee war, ist bekennender Banderist.

## Geschichtsrevisionismus und Persilscheine für prowestliche Nazis

Dass der Rechtsnachfolger des »Dritten Reichs« ausgerechnet unter den Vorzeichen einer liberalen Demokratie, die sich einer tadellosen Aufarbeitung und Bewältigung der Vergangenheit rühmt, einen Pakt mit den historischen Nachfolgern der Kollaborateure des Hitlerstaats unterhält – das ist ein unauflösbarer Widerspruch. Daher arbeiten Regierungen der BRD an der Weißwaschung faschistischer Bewegungen in der Ukraine und deren Vorgänger.

Die Koordinaten für die Legitimationsideologie der Wiederholung der deutschen Umarmung von Banderisten sowie anderer ukrainischer Faschisten und einen Geschichtsrevisionismus von bisher nicht gekannter Tragweite hatte die Ampelregierung im September 2023 offenbart. Die Bundestagsabgeordnete Sevim Dağdelen, zu dieser Zeit noch der Partei Die Linke angehörend, bekam auf eine von ihr und ihrer Fraktion gestellte Kleine Anfrage zu »Rechtsextremen Ausprägungen der ukrainischen Geschichtspolitik«, die »von einer Rehabilitierung von Akteuren der OUN und UPA geprägt« ist, und ihren Verweis auf deren von Historikern belegte Komplizenschaft bei den Menschheitsverbrechen Nazideutschlands eine ungeheuerliche Antwort: Die Bundesregierung erklärte unter anderem, dass sie sich die »rechtlichen Wertungen und Tatsachenbehauptungen« der Fragesteller, »insbesondere hinsichtlich der pauschalen Einordnung bestimmter (historischer) Gruppierungen oder Personen als rechtsextrem, antisemitisch« etc. »ausdrücklich nicht zu eigen« mache. Ferner wurden fast alle der 25 spezifischen Fragen von Dağdelen mit der Floskel »Der Bundesregierung liegen hierzu keine eigenen, über Medienberichte hinausgehenden Erkenntnisse vor« abgeschmettert.<sup>19</sup> Dağdelen konstatierte, dass diese Äußerungen von angeblichem Nichtwissen »faktisch ein Bestreiten wissenschaftlicher Erkenntnisse der internationalen Holocaust-Forschung« seien. Damit werde ein »seit 1945 bestehender Konsens aufgebrochen« – ein »geschichtspolitischer Super-GAU«.<sup>20</sup>

Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), die dem Bundesministerium des Innern untersteht, passte ihre Analysen, wenig überraschend, der »Geschichtsschreibung« der Ampelregierung an. 2017 hatte der Historiker und Autor der bisher einzigen wissenschaftlichen Biografie von Stepan Bandera, Grzegorz Rossoliński-Liebe, die OUN und deren Führung in der von der bpb herausgegebenen Zeitschrift *Aus Politik und Zeitgeschichte* noch als eindeutig faschistisch einordnen können.<sup>21</sup> 2022 wurde die Behauptung, die OUN wäre faschistisch gewesen, von dem Historiker Kai Struve für »umstritten« erklärt – »älteren Definitionen von Faschismus entsprach sie nicht« –, die Zunahme des Bandera-Kults seit dem Maidan-Putsch wurde sogar abgestritten (obwohl sie erheblich ist). Besonders groß Struves Bemühen, den ukrainischen Faschismus als Produkt russischer Propaganda darzustellen und die Verantwortung zu verlagern: »Tatsächlich hat der russische Krieg gegen die Ukraine nun aber mehr als deutlich gezeigt«, so der Autor, »dass die Gefahr eines neuen Faschismus nicht aus einer unkritischen Verehrung Banderas und der OUN in der Ukraine hervorgeht, sondern aus der fehlenden kritischen Auseinandersetzung mit russischen und sowjetischen

imperialen Herrschaft und sowjetischen Massenverbrechen in Russland.«<sup>22</sup> Gleichzeitig wurde der neonazistische Charakter des Asow-Militärs verschleiert. Der ukrainische Politikwissenschaftler Iwan Gomza beschrieb es im Juni 2022 in einer bpb-Analyse als Ansammlung von »Patrioten und ideologisch abgedriftete Rechte«, wobei er stets die angeblich marginale Stellung letzterer betonte. Die meisten von ihnen hätten Asow bereits nach der Eingliederung des Regiments in die Nationalgarde verlassen; das »Verbot politischer Agitation in der Armee« hätte zur »weiteren Entradikalisierung und Entideologisierung« geführt.<sup>23</sup> Abgesehen davon, dass es keine validen Belege für diese Behauptung gibt: Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des bpb-Beitrags lief bereits der Aufbau eines weiteren Asow-Spezialregiments zunächst in der Territorialverteidigung der ukrainischen Streitkräfte aus Veteranen, Mitgliedern der 2020 gegründeten Neonaziorganisation Centuria<sup>24</sup> und des Nationalen Korps, aus der einige Monate später die 3. Separate Sturmbrigade entstand – eine überaus bedeutende Entwicklung, die der Autor komplett weggelassen hat. Die 3. Separate Asow-Sturmbrigade, die 2025, ebenso wie der Asow-Verband in der Nationalgarde, zu einem Armeekorps vergrößert wurde, stellt sich in ihrem Selbstverständnis explizit in die Tradition der OUN-B und auch der Waffen-SS-Division »Galizien«.<sup>25</sup>

Revision und ideologische Vernebelung der Geschichte der ukrainischen Hitlerkollaborateure und Unterschlagung von Tatsachen über deren politische Erben korrespondiert schon längst mit einer Praxis des systematischen Verheimlichens, Verschweigens, Leugnens und Bestreitens mit Nichtwissen von zunehmenden Aktivitäten ukrainischer proukrainischer Faschisten in Deutschland, deutscher Nazis in der Ukraine und der Zusammenarbeit der deutschen Streitkräfte und deutscher Politiker mit faschistischen Militärs der Ukraine – faktisch wird eine schleichende Integration in die »wehrhafte Demokratie« vollzogen.

Beispiele:

+ Am 1. März 2025 marschierte ein Block von Rechtsextremisten unter dem Truppenkennzeichen des neonazistischen Russischen Freiwilligenkorps, das sich als Nachfolger der russischen Wlassow-Armee Hitlerdeutschlands betrachtet und unter dem Kommando des ukrainischen Militärgeheimdienstes für die Kiewer Regierung kämpft, mit einer Demonstration gegen die russische Regierung durch Berlin. In Sprechchören wurde die Ermordung von »Putinisten« gefordert. Die Berliner Polizei hob für die Neonaziformation das Vermummungsverbot auf. Begründung: »Schutz ihrer Identität vor möglichen Repressalien durch die russische Regierung.«<sup>26</sup>

+ Seit April 2025 ist das Deutsche Freiwilligenkorps, das sich aus dem Umfeld der Neonazipartei Der III. Weg rekrutiert, in das faschistische 49. Sturmbataillon Karpaten-Sitsch der ukrainischen Armee eingegliedert.<sup>27</sup> Obwohl Der III. Weg vom Innenministerium als eine »rechtsextremistische, antisemitische und menschenfeindliche Gruppierung« eingestuft wird, behauptete der Regierungssprecher auf Anfrage eines Journalisten, »keine Kenntnis vom Einsatz dieser Einheiten und vor allem nicht von ihrer Bewaffnung« zu haben. Ein Sprecher des Außenministeriums fügte hinzu: »Was uns aber in der Ukraine beunruhigt, ist der fortwährende russische Angriff.«<sup>28</sup>

+ Am 8. Mai 2025 posierten Generalmajor Christian Freuding, Leiter des Planungs- und Führungsstabs des Bundesverteidigungsministers und des Lagezentrums Ukraine, und der Kommandeur des Panzerabwehrbataillons des 3. Asow-Korps der ukrainischen Armee gemeinsam für ein Foto, das von dem ukrainischen Offizier, der sich der Fortsetzung des Kampfes der SS-Division »Galizien« rühmt, zum »Tag des Gedenkens und des Sieges über den Nazismus« veröffentlicht wurde.<sup>29</sup> Das Bundesverteidigungsministerium erklärte auf Anfrage dazu, dass ihnen der Asow-Offizier nicht bekannt sei.<sup>30</sup>

+ Mitglieder zumindest der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU und SPD hielten am 13. Mai 2025 in einem Sitzungssaal des Deutschen Bundestags mit einer Delegation des Asow-Korps der Nationalgarde eine Sitzung zur Situation der ukrainischen Kriegsgefangenen ab. In der Asow-Abordnung fand sich ein ehemaliger Aktivist der Nazimiliz Patriot der Ukraine und Hitler-Verehrer. Die deutsche Öffentlichkeit wurde von den mitwirkenden Fraktionen nicht über das Treffen informiert. Die AfD und Die Linke gaben auf eine Presseanfrage, ob sie beteiligt waren, keine Antwort.<sup>31</sup>

## »Anti-Hitler-Koalition« gegen Russland

Keine Entlastung der alten neuen faschistischen Verbündeten des deutschen Imperialismus ohne Belastung ihrer Feinde. Vor allem geht es darum, diese zu nazifizieren und eine Verlagerung von Schuld an welthistorischen Verbrechen vorzunehmen. Begriffe von ukrainischen Rechten wie »Putler« und die Gleichsetzung von Russland mit Nazideutschland haben Eingang in die politische Kultur der BRD gefunden. Bereits zum 80. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion 2021 wurde der Deutsch-Sowjetische Nichtangriffspakt von 1939 entgegen den historischen Tatsachen als Bündnis interpretiert, beispielsweise von einer Grünen-Politikerin, um die Absage der offiziellen Gedenkrede des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier im Deutsch-Russischen Museum in Karlshorst-Berlin zu erwirken.<sup>32</sup>

Seit Beginn der russischen Invasion in die Ukraine werden mit Hochdruck Bezüge zwischen diesem Konflikt und dem Feldzug der deutschen Truppen gegen die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik im Zweiten Weltkrieg konstruiert. In einigen Fällen wird sogar insinuiert, Hitler und Stalin hätten dort gemeinsame Sache gemacht, und Russland würde heute einen zweiten Holocaust mit Kugeln begehen: »Viele der Orte, die jetzt umkämpft sind, sind schon auf den Karten der Deutschen Wehrmacht zu finden, Slawjansk, Kramatorsk, Mariupol. Orte, an denen die Deutschen die ukrainischen Juden ermordet haben, sind in den jetzigen Kämpfen wieder unter Beschuss geraten: [...] Neben den Massengräbern, die man in fast jeder ukrainischen Stadt finden kann – von Stalins und von Hitlers Spezialkommandos – sind neue Massengräber ausgehoben worden [...] Die Rede der russischen Angreifer von der »endgültigen Lösung der ukrainischen Frage« kommt uns, die wir zusammenzucken, wenn wir von einer Endlösung hören, irgendwie bekannt vor«, fiel dem deutschen Osteuropahistoriker Karl Schlögel im Mai 2022 ein. Und weiter: »Der Name, wenn er nicht nur der Name für das unüberbietbar Böse, also »Faschismus« sein soll, wird sich

gewiss noch einstellen, die Suchbewegung ist im Gange: Neototalitarismus, Russo-Faschismus oder der Neologismus ›Raschismus‹ (gebildet aus Russia und Fascism); seltsamerweise kommt die *longue durée* des Stalin'schen Imperiums am wenigsten vor.«<sup>33</sup>

Mit der Einordnung der »Holodomor« genannten großen Hungerkatastrophe von 1932/33 in der Ukraine als von der Sowjetführung begangenes Genozid durch den Deutschen Bundestag am 30. November 2022 wurde die Gelegenheit genutzt, um auch eine Verbindung zu Auschwitz auszumachen: Der »Holodomor« falle in eine Periode bis dahin »unvorstellbarer Menschheitsverbrechen auf dem europäischen Kontinent«, hieß es im Antrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und CDU/CSU. »Zu diesen gehören der Holocaust an den europäischen Jüdinnen und Juden in seiner historischen Singularität, die Kriegsverbrechen der Wehrmacht und die planmäßige Ermordung von Millionen unschuldiger Zivilistinnen und Zivilisten im Rahmen des rassistischen deutschen Vernichtungskriegs im Osten.«<sup>34</sup>

2023 luden die Goethe-Universität in Frankfurt und das ihr eingegliederte Fritz-Bauer-Institut zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus die Gründerin der Menschenrechtsorganisation Memorial zu einer Rede ein. Irina Scherbakowa erinnerte nicht etwa an den deutschen Judenmord und Vernichtungskrieg, sondern sprach über die Verbrechen der Sowjetunion und Russland heute als das »böse Unberechenbare«, das so schlimm sei wie Hitler und Stalin zusammen.<sup>35</sup>

Mit Generalmajor Christian Freuding wähnt sich bereits ein Führungsoffizier der Bundeswehr an der Spitze einer neuen »Anti-Hitler-Koalition«. Er will mit der Streitmacht einer »wehrhaften Demokratie« mit historischer Verantwortung zur Tat schreiten: Am Tag der Befreiung 2025 forderte er auf dem 17. Sicherheitsforum in Kiew, auf dem der russische Präsident als »gegenwärtiger Hitler« ausgerufen wurde, eine drastische Steigerung der Rüstungsproduktion für einen »langen Krieg« und mahnte: Anderenfalls »verraten wir unser historisches Erbe«.<sup>36</sup>

## Deutsche Kontinuitäten

Die Selbstinszenierung der Bonner Republik als Weltmeister der Vergangenheitsbewältigung täuscht bis heute darüber hinweg, dass die Westbindung von Anfang an Lebensversicherung deutscher Kontinuitäten war. Adorno skizzierte in seinem Vortrag zur Aufarbeitung der deutschen Vergangenheit die Folgen in der Politik der Bonner Republik: »Sie scheint den Überfall, welchen der Hitler auf die Sowjetunion verübte, nachträglich zu rechtfertigen. Indem die westliche Welt als Einheit sich wesentlich durch die Abwehr der russischen Drohung bestimmt, sieht es so aus, als hätten die Sieger von 1945 das bewährte Bollwerk gegen den Bolschewismus nur aus Torheit zerstört, um es wenige Jahre danach wieder aufzubauen.«<sup>37</sup> Unterschätzt wird auch die Wirkmacht des nach dem Kollaps des Systemkonkurrenten nie überwundenen und zunehmend wieder virulenten Antikommunismus als Matrixbestandteil des Faschismus. Er ist »die offizielle staatsbürgerliche Haltung, und in ihm haben sich ideologische Elemente des Nazismus mit denen des kapitalistischen Westens

amalgamiert«, bescheinigten die Psychoanalytiker Margarete und Alexander Mitscherlich 1967 in ihrer Studie »Die Unfähigkeit zu trauern« der politischen Kultur der BRD und stellten fest, dass das Bild vom Bolschewisten, das im »Dritten Reich« generiert worden war, »kaum korrigiert« wurde.<sup>38</sup> Allein vor diesem Hintergrund ist die These des israelischen Historikers Ishay Landa, der »wahre Sonderweg« sei »ein Weg des Westens« gegenwärtig von besonderer Relevanz.<sup>39</sup>

Im sekundären Globkestaat bildet die Rehabilitierung der ukrainischen Faschisten, deren Vorfahren mit Hitler paktierten, faktisch einen ersten großen Schritt zur Revision der Geschichte des deutschen Faschismus – zur manifesten Entlastung des Monopolkapitals, das von Auschwitz und dem Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion profitierte, ist es dann nur noch ein kleiner. Insofern ist der Vorstoß von Hamburgs Bürgermeister, Peter Tschentscher, politisch keineswegs halsbrecherisch, sondern konsequent. Denn wenn heute schon über den ukrainischen Banderismus nicht mehr geredet werden muss, kann morgen getrost vom deutschen Nazismus geschwiegen werden.

Das eigentlich Verstörende, aber auch Entlarvende und ein deutlicher Indikator für eine fortgeschrittene Rechtsentwicklung und Entdemokratisierung in Deutschland ist: Es gibt praktisch keine kritische Öffentlichkeit gegen Geschichtsrevisionismus und Enttabuisierung von Faschisten. Die parlamentarische und hegemoniale außerparlamentarische Linke erweist sich nahezu als Totalausfall. So greift die Partei Die Linke die Normalisierung des infernalten Pakts mit Faschisten nicht nur nicht an – einige ihrer Politiker marschieren sogar an der Seite von ukrainischen Nationalisten für Waffenlieferungen.<sup>40</sup> Antifaschistische Organisationen, wie die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA), haben marxistische Faschismustheorien entsorgt, in weiten Teilen die Narrative der Bundesregierung übernommen und sich selbst mit vorauseilendem Gehorsam in die deutschen Zustände integriert.<sup>41</sup> Es scheint nur noch eine Frage der Zeit, bis dieser blinde (Staats-)Antifaschismus sich der von erzreaktionären Kräften vorangetriebenen Pervertierung des emanzipatorischen kategorischen Imperativs »Nie wieder!« zum Schlachtruf »Nieder wieder Russland!« beugt, der bereits durch deutsche Straßen hallt.

---

<sup>1</sup> *Jung & Naiv*, 23. Mai 2025, [youtube.com/watch?v=YMBWlz0UkXc](https://www.youtube.com/watch?v=YMBWlz0UkXc)

<sup>2</sup> Stephan Hermlin: Offener Brief an Wolfdietrich Schnurre und Günter Grass, 17. August 1961, [file:///C:/Users/witt-/Downloads/58832\\_cdm-610817-Hermlin-1.pdf](file:///C:/Users/witt-/Downloads/58832_cdm-610817-Hermlin-1.pdf)

<sup>3</sup> Theodor W. Adorno: »Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit.« In: Gerd Kadelbach (Hg.): Theodor W. Adorno. Erziehung zur Mündigkeit. Vorträge und Gespräche mit Hellmut Becker 1959–1969, Frankfurt a.M., S. 10f.

<sup>4</sup> Reinhard Opitz: »Zur Funktion der Faschismus-Sozialismus-Gleichsetzung in der Strategie der CSU.« In: Ilina Fach/Rainer Rilling (Hg.): Liberalismus, Faschismus, Integration, Edition in drei Bänden, Marburg 1999, Bd. 2, S. 553

<sup>5</sup> Ders.: »Ist die CDU eine konservative Partei?« In: Ilina Fach/Rainer Rilling (Hg.): Liberalismus, Faschismus, Integration, a.a.O., S. 550

<sup>6</sup> Ders.: »Zur Funktion der Faschismus-Sozialismus-Gleichsetzung in der Strategie der CSU.« In: Ilina Fach/Rainer Rilling (Hg.): Liberalismus, Faschismus, Integration, a.a.O., S. 556

<sup>7</sup> *The New Statesman*, 4. Mai 2022, [newstatesman.com/comment/2022/05/the-left-should-lead-the-fight-against-russian-disinformation-not-hinder-it](https://www.newstatesman.com/comment/2022/05/the-left-should-lead-the-fight-against-russian-disinformation-not-hinder-it)

<sup>8</sup> *Das Argument*, 340, 2023, S. 257ff.

---

<sup>9</sup> *Die Welt*, 17. Juni 2024, welt.de/politik/deutschland/plus252010868/Anton-Hofreiter-AfD-und-Buendnis-Sahra-Wagenknecht-verraten-deutsche-Interessen.html

<sup>10</sup> »Ich bin an Freiheit absolut uninteressiert.« Protokoll des Gesprächs von Frank Tichy und Peter Hacks im November 1992 in Berlin. In: Peter Hacks: Marxistische Hintersichten. Politische Schriften 1955–2003, Berlin 2018, S. 302

<sup>11</sup> *Der Spiegel*, 3. Februar 1991, spiegel.de/politik/hitlers-wiedergaenger-a-2cd62036-0002-0001-0000-000013487378

<sup>12</sup> *junge Welt*, 4. August 2016, jungewelt.de/artikel/291172.metaphysik-statt-marx.html

<sup>13</sup> Verteidigungspolitische Richtlinien für den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung, Bonn 26. November 1992, zeitgedanken.blog/wp-content/uploads/2017/09/verteidigungspolitische\_richtlinien\_1992.pdf

<sup>14</sup> Verteidigungspolitische Richtlinien für den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung, Berlin 21. Mai 2003, zeitgedanken.blog/wp-content/uploads/2017/09/verteidigungspolitische\_richtlinien\_2003.pdf

<sup>15</sup> Informationsstelle Militarisierung: Bühler-Papier, Rüstungsoffensive und Totalumbau der Bundeswehr, 8. Mai 2017, imi-online.de/2017/05/08/buehler-papier

<sup>16</sup> Bundesministerium der Verteidigung: Neue Verteidigungspolitische Richtlinien fordern kriegstüchtige Bundeswehr, 9. November 2023, bmvg.de/de/aktuelles/verteidigungspolitische-richtlinien-2023-veroeffentlicht-5701338

<sup>17</sup> Vgl. Susann Witt-Stahl: Der Bandera-Komplex. Der ukrainische Faschismus – Geschichte, Funktion, Netzwerke, Berlin 2024

<sup>18</sup> *junge Welt*, 5. Juli 2025, jungewelt.de/artikel/503361.ukraine-totale-militarisierung.html

<sup>19</sup> Susann Witt-Stahl: Der Bandera-Komplex, a.a.O., S. 320ff.

<sup>20</sup> *junge Welt*, 27. September 2023, jungewelt.de/artikel/459881.ukraine-und-faschismus-banderas-wei%C3%9Fe-weste.html

<sup>21</sup> *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 13. Oktober 2017, bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/257664/verflochtene-geschichten

<sup>22</sup> *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 22. Juni 2022, bpb.de/themen/europa/ukraine-analysen/nr-270/509748/analyse-stepan-bandera-geschichte-erinnerung-und-propaganda

<sup>23</sup> Bundeszentrale für politische Bildung, 24. Juni 2022, bpb.de/themen/europa/ukraine-analysen/nr-270/509747/analyse-das-asow-regiment-und-die-russische-invasion

<sup>24</sup> Susann Witt-Stahl: Der Bandera-Komplex, a.a.O., S. 266ff.

<sup>25</sup> *junge Welt*, 16. Februar 2023, jungewelt.de/artikel/445090.ukraine-krieg-jetzt-ist-die-zeit-gekommen.html; *junge Welt*, 19. März 2025, jungewelt.de/artikel/496295.ukraine-asowisierung-des-milit%C3%A4rs.html; *junge Welt*, 5. Juli 2025, jungewelt.de/artikel/503361.ukraine-totale-militarisierung.html

<sup>26</sup> *junge Welt*, 5. März 2025, jungewelt.de/artikel/495345.russische-faschisten-in-der-brd-aufmarsch-mit-nazikorps.html; *junge Welt*, 13. März 2025, jungewelt.de/artikel/495845.russische-faschisten-in-der-brd-staatlicher-schutzschirm-f%C3%BCr-nazikorps.html

<sup>27</sup> *junge Welt*, 12. Juli 2023, jungewelt.de/artikel/454612.braune-kriegertruppen-an-der-alten-ostfront.html; *junge Welt*, 14. Mai 2025, jungewelt.de/artikel/499987.ukraine-moskau-muss-brennen.html

<sup>28</sup> *Nachdenkseiten*, 22. Mai 2025, nachdenkseiten.de/?p=133302

<sup>29</sup> *junge Welt*, 12. Mai 2025, jungewelt.de/artikel/499807.tag-der-befreiung-festival-der-revisionisten.html

<sup>30</sup> *Nachdenkseiten*, 19. Mai 2025, nachdenkseiten.de/?p=133144

<sup>31</sup> *junge Welt*, 26. Mai 2025, jungewelt.de/artikel/500706.ukrainische-delegation-in-berlin-dinner-mit-asow-faschisten.html; *junge Welt*, 30. Mai 2025, jungewelt.de/artikel/500949.weitere-erkenntnisse-zu-asow-delegation.html

<sup>32</sup> *Deutschlandfunk*, 18. Juni 2021, deutschlandfunk.de/beck-gruene-zu-80-jahrestag-ueberfall-auf-die-sowjetunion-100.html

<sup>33</sup> *Frankfurter Rundschau*, 3. Mai 2022, fr.de/kultur/gesellschaft/karl-schloegel-die-ordnung-im-kopf-und-die-unordnung-der-welt-91516795.html

<sup>34</sup> Deutscher Bundestag, 30. November 2022, bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw48-de-holodomor-923060

<sup>35</sup> Fritz Bauer Institut, 27. Januar 2023, youtube.com/watch?v=zUCa6JJkoc

<sup>36</sup> Open Ukraine, 8. Mai 2025, youtube.com/live/UBbK8L2ctac

<sup>37</sup> Theodor W. Adorno: »Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit.«, a.a.O., S. 16

<sup>38</sup> Alexander und Margarete Mitscherlich: Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens, München 1967, S. 47

---

<sup>39</sup> Ishay Landa: *Der Lehrling und sein Meister. Liberale Traditionen und Faschismus*, Berlin 2021, S. 351

<sup>40</sup> *junge Welt*, 27. Februar 2023, [jungewelt.de/artikel/445707.nato-jugend-nie-wieder-russland.html](https://jungewelt.de/artikel/445707.nato-jugend-nie-wieder-russland.html)

<sup>41</sup> *junge Welt*, 21. Februar 2025, [jungewelt.de/artikel/494504.vvn-bda-hilfloser-antifaschismus.html](https://jungewelt.de/artikel/494504.vvn-bda-hilfloser-antifaschismus.html)